

Kommentar:

Abschiebung in den Kabuler Raketenhagel

von Almut Wieland-Karimi

Hessische Ausländerbehörden haben beschlossen, afghanische Flüchtlinge, die nur den Status einer Duldung haben, in ihre Heimat abzuschicken. Bis Ende 1993 galt ein Abschiebestop für AfghanInnen. Bis Anfang dieses Jahres haben Behörden nicht von einer zivilen Flugverbindung nach Afghanistan gewußt, so daß "technische Probleme" Flüchtlinge vor dem Raketenhagel bewahrt haben. Findige Bürokraten haben nun herausgefunden, daß es eine zivile Flugverbindung von Indien aus in das Land gibt. Diese, im übrigen nicht neue, und von der afghanischen Airline Ariana unterhaltene Verbindung von Delhi nach Kabul ist, so sporadisch, daß das Frankfurter Ariana Büro den Rat gibt, falls man wirklich dorthin fliegen wolle, sich nach Delhi zu begeben und vor Ort zu warten. Man solle aber genügend Zeit mitbringen, und im übrigen - so die Dame am Telefon - würden sie sich über eine Rückmeldung freuen, ob es dann wirklich mit dem Flug geklappt habe.

No news is good news: Dieser Spruch steht im Fall Afghanistan nicht für die Realität. In den Medien erscheinen zwar nur äußerst sporadisch Nachrichten über das Land, Korrespondenten mit Sitz in Pakistan übermitteln jedoch fast täglich Horrormeldungen in ihre Agenturen. Seit dem Abzug der sowjetischen Truppen 1989 und dem Ende des Kalten Krieges steht Afghanistan nicht mehr im Interesse der Weltöffentlichkeit; kaum ein Mensch will mehr von den Bombardements, den zahlreichen Opfern und der aussichtslosen Lage etwas wissen. Meldungen werden nur dann veröffentlicht, wenn gleich ein paar Dutzend Tote zu verzeichnen sind.

Es ist bedauerlich und erschreckend, daß in einer Zeit, in der die permanenten Verletzungen der Menschenrechte, das Zerstörungsfieber und die Brutalität in Afghanistan anzuklagen sind und nach Strategien gesucht werden muß, um diese zu bekämpfen, Abschiebungen von Flugverbindungen abhängig gemacht werden. Flüchtlinge sollen in den Raketenhagel geschickt werden, statt erst einmal einen Friedensprozeß in Gang zu bringen, der rückkehrenden Afghaninnen eine Zukunft in ihrer Heimat ermöglichen könnte. Das Schlagwort Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg könnte für die Realität stehen, wenn westliche Regierungen und vor allem die USA dies wirklich wollten. Dies haben wir nicht zuletzt aus Bosnien gelernt.

Sind nun Ausländerbehörden in Hessen bzw. die hinter ihnen drängenden Politiker wirklich so uninformiert über die Situation vor Ort, die in Afghanistan und besonders in der Hauptstadt Kabul - falls man überhaupt noch von Stadt sprechen kann - desolater denn je zuvor ist, oder, noch schlimmer, interessiert sie diese keinen Deut?

Amnesty international hat im Herbst letzten Jahres eine Kampagne gestartet, um auf die Menschen-

rechtsverletzungen in Afghanistan aufmerksam zu machen. Ihr Bericht, der direkt die Mitverursacher des heutigen afghanischen Horrorszenarios anspricht, trägt den Titel "Internationale Verantwortung für die Menschenrechtskatastrophe". Daß die in der westlichen Welt geführte Menschenrechtsdiskussion nur so vor Doppelmoral strotzt, dürfte nicht zuletzt nach diesem Bericht nicht mehr zu übersehen sein: Einerseits hat der Westen und auch die Bundesrepublik die sogenannten Mudjaheddin in Afghanistan in den achtziger Jahren mit know-how, Waffen, Minen usw. vollgepumpt, damit sie gegen den kommunistischen Feind kämpfen. Andererseits wird die Verantwortung, sich um die Folgen auf dem Kriegsschauplatz zu kümmern, auf dem sich afghanische Gruppen jetzt in ständig wechselnden Koalitionen gegenseitig bekämpfen, geflissentlich übersehen. Bei uns wird ausgiebig über universelle Menschenrechte diskutiert, und gleichzeitig beschließen Politiker Menschen in ein Land zu schicken, wo von Recht, geschweige denn von Menschenrechten, nicht einmal die Rede sein kann.

Da kann auch nicht als Entschuldigung gelten, daß vereinzelt humanitäre Hilfsaktionen gestartet worden sind, die meisten jedoch wieder eingestellt werden mußten, da der Krieg vor Ort die Maßnahmen zu gefährlich werden ließ. Und es sei nur am Rande bemerkt, daß von der "humanitären Hilfe" am meisten ehemalige Minenlieferanten profitieren, die jetzt Minenräumgeräte liefern.

Als Anfang der achtziger Jahre die afghanischen Flüchtlinge mit offenen Armen empfangen wurden, da war die Situation in ihrem Land nicht annähernd so bedrohlich wie heute. Afghanistan und Deutschland haben traditionell gute Beziehungen zueinander gepflegt. In der Zeit des Nationalsozialismus haben Deutsche in Afghanistan Unterschlupf gefunden, und sie sind auch auf Drängen der Achsenmächte nicht des Landes verwiesen worden.

Heute, da AfghanInnen mehr Unterstützung denn je - in der Heimat und im Exil - dringend benötigen, bleiben die deutschen Arme verschränkt. Die Diskussion um ihre Abschiebung hat begonnen. Daß angesichts dieses Zynismus bei den etwa 52.000 in der BRD lebenden afghanischen Flüchtlingen Bitterkeit aufkommt und daß ihnen die Glaubwürdigkeit der Politik ihres Gastlandes zumindest fragwürdig erscheint, dürfte niemanden verwundern. Es ist nur der Zersplitterung der politischen Exilgruppen zuzuschreiben, daß aus der afghanischen community kein größerer Protest laut wird. Den verantwortlichen Politikern erleichtert die mangelnde Interessenvertretung und fehlende Lobby ihre Arbeit - die der Abschiebung von menschlichen Bällen im Spiel der Machtpolitik.